

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Einzelpreis: Die sechsheftige Jahrgangss 60 Hg. Bestellpreis 1.— M.

Abonnementpreise in der Zeit der diesjährigen, Feiertage 10. bis spätestens 31. August 9 Uhr. Frühere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Stettin: Druckerei des Anzeigers: Druck und Vertrieb 5,50 M. pro Jahrgang. Druck und Vertrieb 6,00 M. pro Jahrgang. Druck und Vertrieb 6,00 M. pro Jahrgang.

Stettin: Druckerei des Anzeigers: Druck und Vertrieb 5,50 M. pro Jahrgang. Druck und Vertrieb 6,00 M. pro Jahrgang. Druck und Vertrieb 6,00 M. pro Jahrgang.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 100

Donnerstag, den 25. August 1921.

60. Jahrgang

Das englisch-japanische Bündnis.

Als England das Bündnis mit Japan abschloß, geschah es nicht nur, um einen Bundesgenossen gegen Russlands weitreichende Pläne im fernsten Osten und gegen Mexiko und Indien zu haben, sondern fast noch mehr, um Japan für die Erhaltung der britischen Herrschaft in Indien fest zu binden. Denn jenseit der Gindus von den Japanern durch Haße und Glauben getrennt sind, so stehen sie diesen doch ganz bedeutend näher als ihren englischen Herren. Und wenn der Willkür an die Spitze einen Aufbruch erlöste zur Befreiung Ostens von den fremden weißen Willkür, so würden die Engländer unter den Hunderten von Millionen empörter Indier verschwinden. Das Großbritannien bei dem großen Sepoy-Aufstand von 1855 sich Indien erließ, das verdankt es nur der Tatsache, daß sich die Mahomedaner von den Buddhisten trennten. Einen Aufbruch aller Indier kann auch das heutige britische Weltreich nicht stand halten.

Indien ist die Schatzkammer Englands, und deshalb kann es auf diese Kolonie niemals verzichten. Damit ist aber auch die Frage beantwortet, ob England nach dem stillen oder offenen Wunsch der Amerikaner auf eine Allianz mit Japan verzichten könnte. Die Antwort kann vor der Hand nur „Nein!“ lauten. Amerika kann England weder den Besitz von Indien noch eine dauernde Mieberhaltung Japans garantieren, in dem angeblichen Namen und Menschenrechte an den Häfen des Stillen Ozeans können selbst die vereinten Briten und Amerikaner nicht mit ihren Armeen zurecht. Ganz abgesehen davon, daß Amerika der kommerzielle Nebenbuhler Englands ist, den zu den allerhöchsten Kraftanstrengungen zu befähigen keineswegs im Interesse der Londoner Regierung liegt.

Dies Verhältnis Englands zu Japan Indiens wegen muß natürlich auch die dem Präsidenten Harding gebundene Weltöffentlichkeit beeinflussen. Alles, was über die letztere geschrieben wird, kann nicht bezwecken, daß nicht nur das westliche über das Thema Japan unberührt bleiben muß, sondern noch mehr, daß der große Gegensatz der weißen zur gelben Rasse nicht hervorgerufen werden kann.

Denn wenn die erfüllt von nächsten großen Kriege werden wollen, so weist uns die Wahrscheinlichkeit auf Japan hin. Wie gewaltig haben sich die politischen Gegensätze dort in den letzten dreißig Jahren gepocht! Die Anschläge, die gegen die Kaiserin unternommen wurden, gelangen nicht, weil Japan absetzt stand. Japan liebt die Europäer nicht, aber es konnte sie nicht entgehen, weil seine eigene Kultur noch nicht weit genug vorgeschritten war. Heute ist dies Ziel in der Hauptsache erreicht, und weil dies der Fall ist, sieht sich der Willkür von Wechs wegen als Feind des Stillen Ozeans und des fernsten Ostens an. Denn die gelbe Rasse war dort zeitiger, als die weiße. Das weiß man auch in London ganz genau, wenn es auch nicht laut gesagt wird. Indiens Besitz erklärt dies Schweigen, und die Unklarheit, die die deutsche Politik nach dem englisch-japanischen Kriege gegen Japan begangen hat, ist ein bester Warner.

Polnische Wirtschaft.

Die Zustände in Polen und Westpreußen. Polnische Wirtschaft hat es verstanden, die einst so blühenden preussischen Provinzen Polen und Westpreußen in der kürzesten Zeit, in der sie zu Polen gehören, in Grund und Boden zu wirtschaftlichen Geraden in diesen fast rein agrarischen Provinzen, die einst mit zu den wichtigsten Kornkammern Preußens gehörten, hat die Teuerung geradezu groteske Formen angenommen. In mehreren Teilen dieser Provinzen sind infolge dessen

Zeremonien

ausgebrochen, die teilweise recht bedrohliche Formen angenommen haben und bolschewistischen Charakter tragen. In der Stadt Wran (Polen) zum Beispiel haben die Ortsbehörden schon Einfuhr verboten. Die Stadt wird von der Arbeiterkammer regiert, deren Befehle von den Behörden befolgt werden müssen. Alle Marktprodukte werden konfiszieren, die Viehtransporte angehalten, und das Vieh zu den von den Arbeitern festgesetzten Preisen verkauft. Warentransporte nach Polen müssen ausbleiben werden, die Waren werden auf der Stelle verkauft. Die in Polen erscheinende „Gazeta Polska“ schreibt:

„Wird der Getreidepreis nicht herabgesetzt, so werden die Produzenten durch die Aktur des Polentaris dazu gezwungen. Die Lage ist außerordentlich. Es gibt keinen anderen Ausweg. Die Arbeiter sind bereit, die Situation des Polentaris selbst mit der Schwere zu spielen. Ihr Voret immer Patrioten, seid es auch heute, da dem Vaterlande die Katastrophe droht.“

In Welsch (ehem. Westpreußen) wurde ein Transport von 270 Stück Vieh von den Arbeitern der

Welschler Zuckerfabrik angehalten. Das Vieh wurde unter die Arbeiter verteilt. Es handelte sich um einen staatlichen Transport für das Wilsnaer Gebiet und für Galizien.

Streikunruhen auch in Kongreßpolen.

In Cholim haben blutige Unruhen stattgefunden, deren Ursache die Bekämpfung der Fabrikarbeiter war, einen Getreidezug nach dem Osten weiterzuführen. Nachdem die Behörden die Dienstverweigerung feststellten verhaftet hatten, löste eine erregte Volksmenge deren Freilassung gewaltsam durchzuführen. Von der Polizei wurde auf die Menge scharf gefeuert; es gab Tote und Schwerverletzte. In der Stadt herrschte größte Unruhe. Der Wollmarkt wurde für einige Tage für Arbeiterbesetzung durch die kirchlich eingetragenen Freihändler mit Getreide zurückgeführt.

„Eine Pflicht der ganzen Welt.“

Lloyd George über das russische Hilfswort. Im „Daily Telegraph“ steht über die Hilfsaktion für das hungarische Ausland folgendes zu lesen:

„Sehr interessant ist die Frage, ob Deutschland angefordert werden wird, an dem Hilfswort teilzunehmen. Lloyd George erklärte im Unterhaus, das Unternehmen müsse auf internationaler, nicht nur auf interalliiert Grundlage stehen. Das deutet darauf hin, daß der britische Vorschlag die Unterstützung im Ausland nicht für ein angenehmes Vorrecht, sondern für eine Pflicht der ganzen zivilisierten Welt hält. Obwohl Deutschland jetzt von Ausland durch Solen getrennt ist, sei es doch noch immer ein nader Nachbar und sei umso mehr an seinen Wohlgelegenheit interessiert, als Hunderttausende von Soldaten deutschen Ursprungs an der Wolga und in Sibirien leben, die nun dem Hungerdasein anheimgelassen.“

Während in die ganze Welt, Freunde und Feinde, sich um das verhängnisvolle Schicksal bemühen, sind die Sowjetregierungen „unfähig“ und erklären großmütig die Annahme des Hilfswortes, allerdings unter Bedingungen: „Die Sowjetregierung ist von den bürgerlichen Staaten eine Pflicht für die Hungernden in Anspruch zu nehmen bereit, jedoch mit der Vorbedingung der absoluten Unantastbarkeit der Souveränität der Sowjetregierung und ihres Rechts, das Schicksal Auslands selbst zu bestimmen.“

Bezahlte Hilfe.

Trotz aller Gesellen kann die Moskauer Regierung ihren drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht mehr beschließen. Ein Betrag des Rates der Volkskommissare, der mit sofortiger Wirkung an, daß für sämtliche Bedarfs- und Wirtschaftszweige, die von den staatlichen Wirtschaftsorganen an Privatpersonen und deren Verbände, darunter auch an Gewerkschaften, verteilt werden, unbedingt Zahlung erhoben werden soll. Auch die Benutzung aller staatlichen Einrichtungen ist künftig kostenpflichtig. Die Preise sollen den Marktpreisen entsprechen und, wo solche nicht festzusetzen sind, nach den Bedürfnissen unter Berücksichtigung der Weidenerzeugung kalkuliert werden. Die Wohnungsfrage soll demnach auch einheitlich für die ganze Sowjetrepublik, ebenfalls nach dem Grundsatz der Kostenpflichtigkeit, geregelt werden.

Spitzbübereien in der Hilfsorganisation.

Das oberste revolutionäre Tribunal in Moskau wird sich demnach mit einem umfangreichen Prozeß beschäftigen gegen eine Anzahl herabragender Kommunisten, darunter auch das bekannte Kommissionsmitglied Demidow, wegen Betruges und Spekulation bei der Hilfsorganisation für das hungarische Ausland. ... Und das schon während des Anfangs, was steht da noch zu erwarten?

Deutsches Reich.

24. August 1921.

Ein Gesetz gegen die Wettfongener? Ein Berliner Mittagsblatt will wissen, daß man im Reichsjustizministerium die unerfreulichen Vorgänge bei den Wettfongenern mit größter Aufmerksamkeit verfolgte. Es wird an Hand des Materials, das die Gerichte über den gegenwärtig sammelt, nach völliger Klärung der einschlägigen Fälle die Frage zu prüfen sein, ob durch ein neues Gesetz ein Damm gegen denartige Schwindelunternehmen geschaffen werden kann. Die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft gegen die Wettfongener, die seit Monaten den Fundenfang betreiben, erst einschreiten konnte, als die ersten Zusammenbrüche eintraten und im Zusammenhang damit Strafangelegenheiten vorlagen, läßt die Notwendigkeit eines erweiterten Schutzes des Publikums gegen solche „Gesellschaftliche“ durch die Gesetzgebung allerdings dringend notwendig erscheinen.

Die Gefangenen von Wladiwostok. In Karlsruhe steht die 34 Kriegsgefangenen aus Wladiwostok, deren Freilassung vor einigen Tagen angemeldet worden ist.

eingetroffen. Die Gefangenen, die schon vier Tage unterwegs waren, wurden auf dem Hauptbahnhof in derselben Weise begrüßt. Das Gefangen mit dem zurückgeführten Gefangenen erfuhr man, daß der größte Teil der Zurückgeführten schon mehrere Jahre in Wladiwostok war. Leider aber mußten sie 69 deutsche Kameraden noch in französischer Gefangenschaft zurücklassen. Das Ansehen der Zurückgeführten war gut. Sie flagten aber einstimmig über die schlechte französische Behandlung. Gleichzeitig mit den in Karlsruhe eingetroffenen Gefangenen waren auch Schweizer aus Wladiwostok entlassen worden.

Arbeiteranstrengung aus dem Saargebiet. Die französische Verwaltung der Saarbergwerke steht im Begriff, diejenigen Bergleute des Saargebietes zu vertreten, die es an französischer Gefangenschaft nicht fehlen lassen. Sie hat einer Anzahl deutscher Bergleute ein Schreiben zugesandt, in dem ihnen die dreimonatige Kündigung mit der gleichzeitigen Aufforderung angezeigt wird, mit dem Tage des Dienstauftrittes die von ihnen bewohnten Diensträume zu verlassen. Bei der herrschenden Wohnungsnot muß die Bergverwaltung fürchten, daß die Bergleute der Aufforderung auf Abnahme der Dienstwohnungen nicht nachkommen. Sie greift daher zu der Drohung, den Arbeitslohn für den letzten Monat einzubehalten, falls an dem genannten Termin die Dienstwohnung nicht geräumt ist. Diese Maßnahme der französischen Verwaltung stellt wohl den unerhörtesten Akt der Willkür dar, der jemals an den deutschen Bewohnern des Saargebietes verübt worden ist, und ist ein Glied in der Kette der Maßnahmen, die auf eine Veräußerung der Volksabstimmung im Saargebiet hinführen sollen.

Die „Zurückgekehrten“ von gut unterrichteter Seite erklärt, daß die Kommission, die mit der Feststellung der Grenze des Saargebietes beauftragt ist, ihre Arbeit beendet. Die Feststellung der zahlreichen Schutzprotokolle werde aber noch einige Wochen dauern.

Die amerikanische Besatzungsarmee. Der Bericht des amerikanischen Kreisrichters Wechs über die enormen Kosten der Rheinarmee, für die Deutschland noch 240 Millionen Dollar schulden soll, hat im Senat Aufsehen erregt. In erster Linie wird die Stärke der Besatzung, die noch 13795 Mann beträgt, als zu hoch erachtet. Die Mehrheit der Senatskommission für auswärtige Beziehungen hat den Senat erlucht, damit eintreten zu wollen, daß mit dem Wilsch des Handelsvertrages mit Deutschland sofort die gesamte Rheinarmee zurückgezogen wird. Das Abgeordnetenhaus wird eine gleichlautende Resolution vorbereiten.

Einführung des Reichstages am 27. September.

Berlin, 23. August. Der Reichstag ist in seiner letzten Sitzung vom 7. Juli den Präsidenten erwidert, die nächste Plenarsitzung auf den 6. September einzuberufen, für den Fall, daß bis dahin die Beratung der Steuerergesse in allen vorbereitenden Anlässen erfolgt sei. Da die Steuerergesse den hierzu berufenen Körperlichkeiten zurzeit noch zur Beratung vorliegen, und da die obersteinständige Frage, auf deren Entscheidung man noch im August gerechnet hatte, durch den Oberricht hat vertagt wurde, so hat der Reichstagspräsident nach Prüfungnahme mit den Fraktionen und der Reichsregierung die Einberufung des Reichstages aufgehoben und als Termin des Zusammentritts nimmend den 27. September vorgezogen.

Die Polizeieinde in Preußen.

Berlin, 23. August. Der preussische Minister des Innern hat die neue Polizeieinde auf spätestens 12 Uhr, Sonnabends 1 Uhr, ab 1. September festgelegt. Für Großstädte kann die Polizeieinde täglich auf 1 Uhr festgelegt werden.

Gegen die Futtermittelnot.

Berlin, 23. August. Die allgemeine Futtermittelnot hat maßgebenden Kreisen der deutschen Bundesregierung, insbesondere im Westen, Veranlassung gegeben, an die Regierung mit dem Wunsch um Einleitung einer großzügigen Futtermittelsubventionen anzutreten. Weltläufig hat sich das Reich entschlossen, seine allerdings nicht wesentlich ins Gewicht fallenden Restbestände, besonders an Kleie, sofort zur Verfügung zu stellen.

Danzig aus der Weichselbündnis. Beim Senat der freien Stadt Danzig ist eine Note des Weichselbündnis eingegangen, wonach bei der nächsten Sitzung des Weichselbündnis über die rechtliche Stellung der Polen in Danzig und über ein Gesetz betreffend die Staatsangehörigkeit in Danzig verhandelt werden soll. Außerdem wird sich der Weichselbündnis mit der Forderung der freien Stadt sowie mit ihrer militärischen Verteidigung befassen. Als Zeitpunkt des Zusammentritts des Rates war ursprünglich der 1. September vorgezogen. Nachdem nun aber die obersteinständige Frage durch den Rat zu erörtert ist, wird der Zeitpunkt wahrscheinlich bis Mitte September hinausgeschoben werden.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden und der Reichsfinanzminister zur Erörterung der Besätze haben begonnen.

Berlin. Der bischöfliche Stellvertreter Delegierte Bolens bei den Verhandlungen zwischen Polen und Danzig, Warschau, wurde zum Geländen in Berlin ernannt.

Magdeburg. Der deutsche Handwerkerbund hat Verhandlung gegen die bekannt gemachten Steuerpläne der Regierung eingeleitet, insbesondere gegen den Gehalt einer Zwangsabgabe.

Lohnverhandlungen mit der Regierung.

Acht Milliarden Mehrausgaben.

Am Reichsfinanzministerium haben die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Organisationen der Beamten und Arbeiter begonnen. Die Verhandlungen konnten noch nicht zu Ende gebracht werden, doch ist in den meisten Punkten ein Übereinstimmen erreicht worden. Die Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers, der die Erfüllung aller Forderungen der Arbeitnehmer als unmöglich bezeichnete.

Die Regierung erklärte sich bereit, eine Anhebung der Steuerungsbeiträge in den fünf Dreizehntel vorzunehmen, was nicht zu Ende gebracht werden konnte. Die Forderungen der Arbeitnehmer sind im wesentlichen erfüllt worden. Die Forderungen sind in den beiden ersten Jahren 90 Prozent des planmäßigen Beamteneinkommens, im dritten und vierten Jahre 95 Prozent und vom vierten Jahre ab das zehnjährige Beamteneinkommen. Der Arbeiter wurde nur dem Vorschlag der Regierung eine Anhebung um 20 Prozent, die im Jahre 1921 um 25 Prozent erhöht werden. Die Forderungen sind in den beiden ersten Jahren 90 Prozent des planmäßigen Beamteneinkommens, im dritten und vierten Jahre 95 Prozent und vom vierten Jahre ab das zehnjährige Beamteneinkommen. Der Arbeiter wurde nur dem Vorschlag der Regierung eine Anhebung um 20 Prozent, die im Jahre 1921 um 25 Prozent erhöht werden. Die Forderungen sind in den beiden ersten Jahren 90 Prozent des planmäßigen Beamteneinkommens, im dritten und vierten Jahre 95 Prozent und vom vierten Jahre ab das zehnjährige Beamteneinkommen.

Die Anhebung der neuen Gehälter und Löhne soll am 1. September bereits erfolgen. Die Forderungen der Regierung wurden von den Organisationsvertretern jedoch nicht ohne weiteres angenommen, da die Gewerkschaften von der Forderung einer Mindestgarantie nicht abgingen. Nach zwölfstündiger Verhandlung wurde die Konferenz abgebrochen. Die Vertreter der Gewerkschaften werden noch einmal den Vorkommnissen gegenüber die Notwendigkeit dieser von ihnen aufgestellten Forderung begründen.

Im Laufe der Verhandlungen erklärte der Reichsfinanzminister eine Tarifserhöhung auf der Eisenbahn infolge des Einkommensrückgangs und der Lohnsenkungen für unbedingt erforderlich. Zu gleichem Sinne sprach sich der Reichsfinanzminister für eine neue Fortsetzung aus, nach der ein Brief künftig eine Mark kosten würde.

Auslands-Rundschau.

Die Besetzung fünfjähriger. Ungarische Truppen und Vertreter der ungarischen Behörden sind in Neuseeland eingetroffen. Die Truppen leisten ihren Marsch zur neuen Grenze fort und besetzen die auf dem Wege gelegenen Gemeinden des Gebietes. Infolge der Abreise der ungarischen Behörden ist die Besetzung der fünfjährigen Besatzung ohne Schwierigkeiten erfolgt. Die Besetzung der fünfjährigen Besatzung ist durch die Abreise der ungarischen Behörden erleichtert worden. Die Besetzung der fünfjährigen Besatzung ist durch die Abreise der ungarischen Behörden erleichtert worden.

Die griechisch-türkischen Kämpfe. Die Nachrichten aus Kleinasien lauten durchweg zufriedenstellend. Wenn Meldungen aus türkischer Quelle zutreffend, wäre die griechische Offensive bereits aufgehalten worden. Das türkische Pressebüro in Paris meldet, daß die Griechen einen Mißerfolg erlitten hätten, doch fehlen dazu noch Einzelheiten. Dagegen wird von griechischer Seite erklärt, daß der griechische Vormarsch ohne erheblichen Widerstand weiter fortgesetzt werde. Nach dem Hebespreiten des Skarabäus wurde die Stadt Soladi von den Griechen, die das ganze Gebiet um Gordium eingeschlossen halten, besetzt. Man nimmt aber an, daß Mustafa Kemal Angora nicht aufgeben werde, ohne vorher eine große Schlacht geliefert zu haben.

Die beiden englischen Ueberbeadungs, Em-

beron of India" und King George V." sind auf dem Wege nach Konstantinopel.

Nach einer Meldung des „Temps" aus Konstantinopel sind der Justizminister, der Unterrichtsminister sowie der Präsident des Staatsrates zurückgetreten. Der Großvezir machte begehrlige Anstrengungen, um die Zurücktritt der Entlassungsgegner zu erreichen.

Provinz und Nachbarstaaten.

Zeichen, den 24. August 1921.

Förderung des bargelosen Zahlungsverkehrs. Fast alle größeren Zahlungen an die Post — Einzahlungen auf Postanweisungen und Zahlarten, Bezahlung von Besätzen, Fernsprechgeldern, Zeitungsgebühren, Mieten, Schließfachgebühren usw. — können unter gewissen Voraussetzungen bargellos durch Reichsbanküberweisungen, Reichsbankchecks, Postüberweisungen, Postchecks und Postanweisungen beglichen werden. Ueberweisungen und Checks von Behörden und beschäftigte weiße Reichsbankchecks gelten ohne weiteres als Bargeld. Auch Post werden Postanweisungen und Zahlarten abgehandelt und Bezugsanträgen ausgedient, ohne daß die Hinterfrist abgemauert wird, wenn Sicherheit hinterlegt ist oder der Kunde einen bei der Reichsbank für sich selbst zu hinterlegenden Nachweis erbracht hat. Die Ausweise bedürfen auch der Einlösung von Nachnahmen und Postaufträgen, wenn die Postaufträge nicht sofort zurück, weiter oder zum Prokura zu geben sind. Nähere Auskunft erteilen die Postämter.

Wieder geheizte Eisenbahnhäuser. Schon jetzt trifft die Reichsfinanzverwaltung ihre Maßnahmen für die kommenden Wintermonate. Die Vorbereitungen erstrecken sich auf die Instandsetzung der Heizungsanlagen in den Häusern. Da im allgemeinen in der Kohlenlage eine gewisse Entspannung eingetreten ist, so wird es vorausgesetzt, daß nicht neue Streiks oder Unruhen in den Kohlenbezirken die Förderung ungenügend beeinflussen, in diesem Jahre möglich sein, die Heizung der Häuser in größerem Umfang vorzunehmen, als es in dem letzten Jahre der Fall war. Es wird beabsichtigt, die bisherigen Beschränkungen in der Heizung der Häuser wieder aufzuheben.

Nachsommer-Abende. Mit dem September gehen die längeren Abende ein, um 7 Uhr müssen wir aufstehen, an dem Bestand der Lampe zu appellieren. Zu gleicher Zeit sind auf dem Lande die dringlichsten Sommerarbeiten erledigt, und damit tritt wieder das Verlangen hervor, die Ereignisse des Tages im Wirtschaftlichen, Politischen und in Kommunalangelegenheiten genau zu verfolgen. Der Landwirt greift also wieder zur Zeitung, und war im Sommer die Zeit knapp, wird er jetzt von neuem ein eifriger Abonnent. Jeder Briefträger besorgt die Zeitungsbestellung. Da die Beratung der neuen Steuerentwürfe nun fast beginnt, ist es von erhöhter Wichtigkeit, sich um das zu kümmern, was in der Welt vorliegt.

Folgen der Weltkrisen. Das statistische Landesamt für Sachsen weist bei seiner Veröffentlichung über den Vierteljahr bei den sächsischen Exporten im zweiten Vierteljahr 1921 darauf hin, daß der Rückgang der Einzahlungen um 18 Prozent und die Zunahme der Auszahlungen um 3,9 Prozent gegenüber dem ersten Vierteljahr 1921 zweifelslos auf die Exportrückgang zurückzuführen sei, wie sie auch in den Konzentern zutage trete.

Mitteldeutscher Handwerkerkongress. Magdeburg, den 21. Aug. Tausende von Handwerkern aus den Provinzen Sachsen, Hannover, den Freistaaten Anhalt und Preussenschlesien sowie aus Großsachsen haben sich in der Hauptstadt der Provinz Sachsen zu einer achtstündigen Kundgebung zusammengefunden, die den Willen des Handwerks zum Ausdruck bringen sollte, nicht länger bloß Objekt der Gesetzgebung sein zu wollen, sondern für sich den Anteil in der Rettung der geschwundenen Verarmung zu sichern, die es infolge seiner Verarmung in wirtschaftlichen Leiden, seiner Stärke in der Politik und in den sozialen Fragen des Handwerks ihres Unterhalt findenden Personen mit Recht beanspruchen kann. Schneller als in jeder anderen Organisation sind heute im Handwerk die Wege zu finden, die zum Ziele führen.

Der „Mitteldeutsche Handwerkerkongress" wurde am Sonntag mit einem Beiratsabend im „Hofpark" eingeleitet. Er hat sich in der Nacht zum Montag mit aller Eile abgelehrt, daß nun aus der bestehenden Bewegung, aus

der Fülle von Handwerkerorganisationen in Mitteldeutschland sich ein klares, schlagkräftiges G-binde herausgeschält hat als Träger des mitteldeutschen Handwerks: der mitteldeutsche Handwerkerbund.

Zu erdrückender Anzahlung gefallene sich die von 5000 Personen besuchte Verammlung im Hofpark. Mit großem Ernst folgten die Tausende den Ausführungen ihrer Führer. Der Vorsitzende des Kreisverbandes Magdeburg, G. Flugmader, zeichnete die Wege die der Mitteldeutsche Handwerkerbund zum Ausbau seiner Organisation einschlagen wollte. Allein im Handwerkeramt Magdeburg sind schon 7000 Ortsgruppen im Leben gewesen worden 150 000 Handwerkerbetriebe umfaßt Mitteldeutschland. Zusammengefaßt bilden diese eine Macht, mit der die geschwundenen Faktoren wohl rechnen müßten. Politisch streng neutral will der Handwerkerbund mit Unterstützung der Parteien, die sich die Forderungen des Handwerks zu eigen machen, Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen trachten. — Der Landtagsabgeordnete Weyer (Magdeburg) zeichnete in einer etwa halbstündigen Rede die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des Handwerkerbundes. Der Handwerkerbund müßte energisch Front machen gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften, die in den letzten Jahren der Weltkrisen sich zu untergeordnet, da mit der Verdrängung des Handwerks aus dem Markt auch dieses selbst zum Untergang verurteilt sei. Ebenso entschieden werde sich der Handwerkerbund gegen die Handwerker bedrohenden Kommunalisierungs- und Sozialisierungspläne der Sozialdemokratischen Parteien wenden, denn nur ein wirtschaftlich unabhängiges Handwerk werde beim Wiederaufbau zur werden, wenn sich das Handwerk vor einer Zersplitterung seiner Kräfte schütze, nicht mit der Auffstellung von Sonderkandidaten in Wettbewerb.

Die Abrechnung des Handwerks in der Gegenwart zeichnete der Vertreter des Norddeutschen Stahlwerksbundes, Dr. Bogel (Hannover), mit kurzen prägnanten Sätzen. 1700000 Handwerksbetriebe wurden im Reich gezählt, die mit ihrem gesamten Anlagevermögen 4 Millionen Mark zu sich vereinigen. Schon im Frieden repräsentierten ihre Betriebe den Wert von vielen Milliarden Mark. Der Wert ihrer Produktion muß um ein Vielfaches höher eingeschätzt werden. Das bedeutet, daß man über die Handwerker nicht zur Angehörigen übergehen kann, ohne Rücksicht auf ihre Wünsche zu nehmen.

Ein Vorschlag des Mitteldeutschen Handwerkerbundes bildete der Forderung, der nachmittags 2 Uhr vom Kaiser-Wilhelm-Platz aus sich durch die Straßen der Stadt in Bewegung setzte. Er war in sieben Gruppen eingeteilt, in denen die verschiedenen Zweige des Handwerks auf einer Reihe von Festmengen vereinigt wurden.

(Wichtigster Tod.) Ein beim Gutsbesitzer Berger befristeter, 19-jähriger Mädchen, das bis Montagabend in voller Gesundheit seine Arbeit verrichtete, wurde am Dienstag früh tot im Bett aufgefunden. Nach ärztlichem Befund liegt Herzhirnblut vor.

Vorausichtliche Witterung am 25. August 1921. Zunehmende Bewölkung, zeitweise Regen, frischweiche Gewitter, zunächst warm, später Abkühlung.

Einigung im Daugeber in Halle?

Halle, 22. Aug. In der Lohnstreitigkeit des Daugeberwerkes wurde am 9. August ein Schiedsgericht gebildet, wonach 70 Pfennige Zulage als Ausgleich für die Leistung gewährt werden sollte. Die Unternehmer hatten sich an das Reichsarbeitsministerium gewandt, welches in der Sache vermitteln sollte. U.ter Vorsitz des Oberregierungsrates Dr. Eißler fand die Verhandlung am 16. August statt. Der Erfolg war folgender Vorschlag des Verhandlungsausschusses: 1. Die neuen Lohnverhandlungen haben am 9. Okt. zu beginnen, falls vorher keine Einigung erzielt ist. 2. Mit rückwirkender Kraft von der Lohnhöhe nach dem 9. Aug. weg ein die Höhe wie folgt festgelegt: a) für das Teilgebäude b wird ein allgemeiner Stundenlohn von 60 Pfennigen gewährt; b) für die Hochgebäude wird der Stundenlohn um 70 Pfennig erhöht. In der Industriezweigen, deren nennentliche Festsetzung durch einen paritätisch bestellten Ausschuss erfolgt, beträgt die Erhöhung 80 Pfennig.

Jena, 22. Aug. (Schlaganfall) (Hauptstadt) Auf eine Anzeige hin wurden von der Polizei im Wäldchen sieben Kisten mit Handgranaten beschlagnahmt die verborgen waren. — **Waffenbesitzung** der Zeit. U.ber die Waffenbesitzung der Arbeiterschaft der Firma Carl Zeiss ist es zu einer Einigung zwischen der Geschäftsleitung und dem

Auf Burg Dymek.

Roman von Hie-Dore Tanner.

Wiederholtes.

Sie waare nicht, was ratz anzusehen, oder sie sagte, einem wenig-nicht Gefühl folgend, das mächtiger war, als die Gewohnung, daß sie die Hand des Grafen Kolend auf sie: „Da — Herr von Waderath.“

Edart Waderath war zufrieden mit diesem feil gesprochenen Ja. Was er jetzt zu Gemut sagen, wozu er mit ihr sprechen wollte, das gab ihm nicht das Interes ein, das er für sie fühlte, es war ihr der Wunsch, die Pflicht, das Gefühl, sie aus den sie in ihrer Unschuldigkeit umfassen den verwandten Verhältnissen zu entziehen.

„Glauben Sie mit Fräulein Penny —“, seine Stimme zitterte anfanglich, gewann aber gleich ihre gewöhnliche Stimmigkeit, „glauben Sie mir, daß ich für Ratz und Tratz, wie sie so in der Nachbarschaft stets herumgeredet worden, nicht zu haben bin. Denn bin ich viel zu sehr ein Mann der Arbeit und habe Erfahrung genug, aber solchen herumgeredeten Dingen zu stehen. Dieser Fall liegt aber anders, er betrifft Sie, Fräulein Penny, und da müßte ich Sie um das Waderath eines brüderlichen Rats bitten. Man erzählt hier, daß Grafen Dymek alles daran legt, daß Sie sich mit ihrem Schwäher, dem Grafen Kolend, verloben.“

Penny wollte nicht. „Ich bin ja verlobt mit ihm“, aber ein unerwartliches Gefühl lächelte ihre Wangen, und Waderath schenkt auch gar keine Antwort zu erwarren. „Graf Kolend — ob er mit sympathisch ist oder nicht, kommt hier gar nicht in Frage — ist ohne Zweifel ein Cavalier, noch man in diesen Kreisen einen Cavalier nennt, er hat tadellose Manieren und hat sich stets mit dem Wesen der Ehre zu abgeben, aber — sein Leben ist doch nicht bereit gewesen, daß er — nun in höherem Lebensalter stehend, der Mann

eines reifen jungen Weib's werden darf — wie — wie Sie sind. Ich kann Ihnen die Eigenschaften des Rats, den Graf Kolend nach der Seite seines Verheirathens mit Ihnen hat — auch mit Frauen anderer Rats als die seine ist, nicht aus-einanderlegen — denn dazu — ist meine Beobachtung vor Ihnen zu groß, aber ich —, seine unpraktische Art ist Ihnen zu verlassen, die Rats des Unwillens stetig in sein gebrauchtes Gefühl, aber ich, sonst die Freizügigkeit und Vorsicht selbst — ich schätze ihn lieber mit einer wohlgeleiteten Regel nieder, als daß ihn als Ihren wahren Lehr. Es wäre mir ein Schmerz, Penny — ein tiefer, Leben ver-zichtender Schmerz, Sie in Ihrer Unschuld und Reueheit als das junge Weib dieses Mannes zu sehen, in dessen Leben die Frauen und Mädchen jedes Standes ihre Rollen spielen, zeitweise — heute wurde eine geliebt und morgen verlassen, einige mögen auch längere Zeit mit seiner Liebe beglückt worden sein — deshalb, Penny, warne ich Sie, werden Sie Ihr Leben nicht an den Grafen fort, denn Ihr Herz kann sich ja doch nicht für ihn entscheiden.“

Wie eine Sturzwelle kamen diese beschwörenden Worte über Penny — und sie lächelte die Wahrheit, die sie verkannte, die sie fühlte aber auch die Macht der Zustimmung, die den jungen, arbeitswütigen praktischen Mann diese Worte an sie richten ließ.

Mit geübten Blicken war sie neben Waderath hergegangen. Als er schwieg und sie seine Augen an sich ruhen sah, konnte sie ihn nicht mehr. Es war ihr unmöglich jetzt in diese Augen zu sehen.

Ihre Stimme zitterte, als sie sprach: „Ich danke Ihnen, Herr von Waderath — aber ich muß Ihre Worte als nicht gehört betrachten: ich bin bereits mit dem Grafen verlobt.“

Sie war fast geworden, und einen Augenblick kämpften Mitleid und Empörung in Edart von Waderath — aber die Empörung siegte: also auch sie, die er für so ganz anders

gehalten hatte, war dem Gebe und dem Glanz verfallen, war so in dessen Hand gemungen worden, daß sie selbst vor einer Zeit mit einem Mann, wie dem Grafen Kolend, nicht zu überleben.

„Da —“ sagte er zu äckelnd, — „dann allerdings habe ich Ihnen, Fräulein Penny, nichts mehr zu sagen, leben Sie wohl!“ Und hüßlich den Hut lästend, mit erhabenem Gesicht entfernte er sich und schritt den sonneneinfallenden Weg durch die Tannen nach Eisenhof — nicht ein einziges Mal sah er sich um, wie im Taft hatten seine sich entfernenden Schritte.

Penny war wie geschlagen — es war ihr, als ob der Boden unter ihr schwankte, sie lehnte sich, eine Stütze zu suchen, an den Stamm eines Baumes. Sie wiederholte sich in Gedanken Waderaths Worte — also an solchen Abzügen schritt sie dahin. Geistesvoll sollte sie werden und daß sie sich verlassen mit Leib und Seele für immer — für lange, lange Jahre verließicht an diesem Mann, der ihr so fremd und fern war, dem nicht die kleinste Wirkung ihres Herzens gehörte?

Ihr war, als läße sie den Schlüssel in ihrer Mutter Hand — nein — lieben konnte sie den Grafen Kolend nicht — niemals und tausendmal lieber wollte sie dagegen Penny König bleiben. Und Waderath, nur nicht an ihn denken — wie schmerzvoll sein Blick gewesen war, den er zuletzt auf sie gerichtet hatte.

Es war alles in ihr wie gemolmt — sie lächelte sich un-säßig, einen Entschluß zu fassen, und wußte doch, daß sie einen Entschluß fassen mußte.

Langsam, als trüge sie eine schwere Last, ging sie durch die Parkwege zur Burg zurück.

Fortsetzung folgt.

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung! 3 Tage!
Ein Programm wie es noch
nicht hier gewesen.
Freitag, d. 26., Sonnabend, d. 27.
u. Sonntag, d. 28. August

Der König der Seeräuber

in 7 Akten.
Der Störtebeker-Film ist das, was das
Publikum gerade sehen will. Bruno Decarli
als Störtebeker. Im Anfang als jungfräus-
sicher Bauernbursch, ganz prachtvoll als
wilder und dabei gutherziger Bandenführer.
Das Seeräuberschieksal Störtebeks, der
Schrecken der Nordsee im Jahre 1400,
von erschütternder Größe beim letzten Ab-
schied im Kerker und bei der Hinrichtung

Ferner:

Die Todesfahrt durch die Steppe

Wildwestdrama in 3 Akten.
Vorführung 6.30 u. 8.45 Uhr.
Sonntag 2^{1/2} Uhr **Kindervorstellung.**

Besichtigen Sie!

die im Schaufenster des Herrn Eugen Baer ausgestellten
wertvollen Gegenstände
welche auf die **Loose zum diesjährigen Prä-
mienschießen** gewonnen werden können.
Loose sind noch bei den Herren Baer u. Guntermann
(Thams u. Garfs) zu haben.

Berliner Gastspiel-Theater.

Norddeutscher Hof, Teuchern.

Freitag, den 26. August abends 8 Uhr

Großer Klassikerabend

Als Gast: Herr Alexander Woblich vom Batten-
bergtheater, Leipzig.
Als Gast: Herr Arthur Treuenfels vom Stadt-
theater, Leipzig.

25 mitwirkende Personen.

Wilhelm Tell

Klassiker in 11 Aufzügen von Friedr. v. Schiller.

Die prachtvollen Kostüme und Ausstattungen
sind eigens für dieses Werk hergestellt worden und
stammen aus dem Theatereister von Warsch u.
Comp. Berlin.

Vorverk. Norddeutscher Hof.
In den Pausen Konzert der hiesigen Stadtkapelle.

Tanz- u. Anstandslehre Gerold, Teuchern, Hotel grüner Baum.

Hierdurch erlaube ich mir, Interessenten noch-
mals zu dem **Freitag, den 26. August**
abends 7^{1/2} Uhr im Hotel grüner Baum beginnenden

Lehrkursus

in der Tanz- und Anstandslehre) aufmerksam zu
machen.

Neueste Gesellschaftstänze sind im Lehrpro-
gramm mit aufgenommen. Gute Ausbildung, coulante
Bedingungen.

Einzelunterricht, sowie kleine Zirkel auf Wunsch
von 4 Uhr ab.

Ersten Abend: Erklärung der neuesten Tanz-
schritte, hierzu hat Jedermann freien Zutritt.

Geladene Jagdpatronen

aller Kaliber, mit rauchlosem und schwarzem Pulver, sowie
andere Munition in nur erstklassigen Fabrikaten
empfehlen

A. Rauche, Inh. Fritz Kropp,
Betzerstr.

Dr. Diehl- Schuhhaus



von
L. Busch.
Schuhwaren in allen Gat-
tungen und Grössen wieder am Lager.
Maßarbeiten u. Reparaturen
schnellstens und billigst.
Schnell-Besohl-Anstalt
mit elektrischem Kraftbetrieb.

ff. Maccaroni

empfiehlt **Gustav Pröttsch.**

Empfehle **Freitag zum Wochenmarkt.**

Tafel-Vollreis	Flbd. 3.80 Mk.
Prima Graupen	" 3.20 "
Feinster Gries	" 3.40 "
Vollheringe	a Stück 1 Mk.
gar. reines Schweinefleisch	Flbd. 15.— Mk.
Tafelmargarine in 1-Pfd. □	11.— Mk.
primä geräucherten Speck	14.— bis 16.— Mk.

Becker.

Kartoffel-Verkauf.

Von Donnerstag, den 25. August 1921
verkaufe ich **gut verlesene**

Speisekartoffeln

à Ctr. 60.— Mk. ab Haus und nehme Be-
stellungen auch für Herbstlieferungen entgegen.
Wiederverkäufer Preisermäßigung.

Robert Näther.

Fuhren

aller Art werden im „Galthof
zur Sonne“ zu billigen Preisen
entgegengenommen.

Achtung! Kaffeehandeln

vert. mehrere **Havanna**
und
O, J. Gelb-Silber,
O, J. Grau-Silber.
Stio Hasnussen,
Grüner Weg 8.

Inventar-Auktion in Dobergaß.

Am **Dienstag, den 30.**
d. M. von vorm. 10^{1/2} Uhr ab
versteigere ich wegen Aufgabe
der Wirtschaft im Schößt Nr.
42 zu Dobergaß (Eisenbahn-
station Profen a. Döhlenmühlen)
folgendes lebendes und totes
Wirtschafts-Inventar:

2 Pferde (10 u. 15 j.),
1 Kuh, 2 hochtragende
Ziegen, 1 altes Schwein
mit 9 Jungen, 1 Schaf,
das vorhandene Ferkel-
vieh, 1 vier. Küllwagen,
1 Mollwagen, 1 Hf.
Wagen, 1 Halbkuh, 1
1 Kuhkälber, 1 Renn-
schlitten, 2 Paar Acker-
geschirre, 1 Sämaschine,
1 Grassmäher, 1 Rei-
nungsmaschine, 1
Büchelmaschine, 1
Schüppelmaschine, 1
Zentrifuge, 1 Fad'iger
Ackerflug, 1 Krümmer,
1 Zegel, 1 Hackflug, 2
eif. Fausteggen, versch.
Holz, Stuhl- u. Schenken-
stühlen, ca. 40 Ctr.
Senf, ca. 150 Ctr. Strohh,
ferner: 1 gr. Wäscherolle,
1 Gartenschlauch mit
Rolle, 2 weit. Heider-
schränke und 2 Bett-
stellen,
messbar gegen Barzahlung,
Sermann O t z, vereid.
Berfeger in 3-jg.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 3. Juni 1921
werden von der Untereinnahmestelle der Kreisparfasse in Teu-
chern für die **Finanzkasse Weiffenfels** in Zahlung genommen:

Einkommensteuer von Gemeinden

Vermögenszuwachssteuer	von
Kapitalertragssteuer	Privaten.
Erbchaftsteuer	
Reichsnotopfer (nur noch Barzahlungen)	

Die Uebermittlung der Steuerbeträge erfolgt kostenlos
und gebührenfrei.

Sparkasse des Landkreises Weiffenfels
Annahmestelle Teuchern. Näther.

Pa neue Vollheringe

empfiehlt **Gust. Pröttsch.**

Weisskalk

in Stücken
zum Bauen, Düngen und für chem. Zwecke.

Hoschke, Kalkwerk Weiffenfels a.S.,
T. 17. 694.



zu haben: **Dr. Curt Eitze.**

Freiwilige Bersteigerung.

Sonnabend, d. 27. d.
Mts. nachm. 3 Uhr im Hofe
Oberstr. 1:

Anzüge, Stiefeln, Schuhe,
3 große Kaninchenfellen,
Tapeie zu einer Stube, gro-
ßer Baetrog u. verschiedenes
messbar gegen Barzahlung.

Empfehle:

fl. Solami	15 Mk.
fl. Bratwurst	15 Mk.
fl. voln. Bratwurst	13 "
fl. Leber u. Blutw.	12 Mk.
fl. Feintalg	10 Mk.
fl. Blutichwarzwurst	
Wurfselt usw. billigst	

Paul Hergert,
Eingang von der Siedlung

jeden Posten Obst

kaufen zu höch-
sten Preisen
Fr. Rupsch u.
Otto Gaudes.

Verladen Dienst-
tags und Freitags
von mittag ab auf
Bahn. Teuchern.

Neuer Anzug

mittl. Größe, preiswert zu ver-
kaufen.
Weiffenfelferstr. 7.



Henkel's
Scheuerpulver
putzt
säubert
bleicht

Alle eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Ofen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & C^o Düsseldorf

Heute entschlief nach
schwerem Leiden unsere
kleine

Imgard Körper

im Alter von 5 Monaten.

Dies zeigt schmerzzer-
erfüllt an

W. Körper nebst Frau
Anna geb. Müller.

Copyright, Druck und Verlag von Otto Neumann Neudamm.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Einzelgenpreis: Die sechsheftige Monatshefte 60 Hfg. Neftamenge 1.— Mk.

Abonnementpreise in der Stadt Teuchern: dieses Anzeiger, Preiszahl 10. In den Umgebungen Teuchern: dieses Anzeiger, Preiszahl 12. In weiterem Umkreis: dieses Anzeiger, Preiszahl 15. In weiterem Umkreis: dieses Anzeiger, Preiszahl 20. In weiterem Umkreis: dieses Anzeiger, Preiszahl 25.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Abonnementpreise: In der Stadt Teuchern: dieses Anzeiger, Preiszahl 10. In den Umgebungen Teuchern: dieses Anzeiger, Preiszahl 12. In weiterem Umkreis: dieses Anzeiger, Preiszahl 15. In weiterem Umkreis: dieses Anzeiger, Preiszahl 20. In weiterem Umkreis: dieses Anzeiger, Preiszahl 25.

Abonnementpreise: In der Stadt Teuchern: dieses Anzeiger, Preiszahl 10. In den Umgebungen Teuchern: dieses Anzeiger, Preiszahl 12. In weiterem Umkreis: dieses Anzeiger, Preiszahl 15. In weiterem Umkreis: dieses Anzeiger, Preiszahl 20. In weiterem Umkreis: dieses Anzeiger, Preiszahl 25.

Amtlisches Verkündungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 100

Donnerstag, den 25. August 1921.

60. Jahrgang

Das englisch-japanische Bündnis.

Als England das Bündnis mit Japan abschloß, schloß es nicht nur, um einen Bundesgenossen gegen Rußlands weitreichende Pläne im fernsten Osten und gegen Persien und Indien zu haben, sondern sich noch mehr, um Japan für die Erhaltung der britischen Herrschaft in Indien selbst zu binden. Denn soweit die Bindnis von den Japanern durch Masse und Gläubigkeit getrennt sind, so liegen sie diesen doch ganz bedeutend näher als ihren englischen Herren. Und wenn der Mikado an die Indianer einen Aufruf zur Befreiung Indiens von den fremden weißen Sesseln, so würden die Engländer unter den Hunderten von Millionen empörter Indier verschwinden. Daß Großbritannien bei dem großen Seepo-Auflauf von 1855 sich Indien erpicht, das verdient es nur der Tatsache, daß sich die Mahomedaner von den Buddhisten trennten. Einem Aufstand aller Indier kann auch das heutige britische Weltreich nicht stand halten.

Indien ist die Schatzkammer Englands, und deshalb kann es auf diese Kolonie niemals verzichten. Damit ist aber auch die Frage beantwortet, ob England nach dem Willen oder offenen Wünsche der Amerikaner auf eine Allianz mit Japan verzichten könnte. Die Antwort kann vor der Hand nur „Nein!“ lauten. Amerika kann England weder den Besitz von Indien noch eine dauernde Niederhaltung Japans garantieren, in dem ungeheuren Raum und Menschenmeer, in dem vereinten Briten und Amerikaner nicht mit ihren Armeen zurecht. Ganz abgesehen davon, daß Amerika der kommerzielle Lebensnerv Englands ist, den zu den allerhöchsten Kraftanstrengungen zu beschützen zumeistens im Interesse der Londoner Regierung liegt.

Dieses Bündnis Englands zu Japan Japans wegen muß natürlich auch die vom Präsidenten Harding geplante Abrüstungskonferenz beeinflussen. Alles, was über die letztere geschrieben wird, kann nicht berechnen machen, daß nicht nur das wichtigste über

berliner Judenfabrik angehängt. Das Reich wurde unter die Arbeiter verlegt. Es handelte sich um einen finanziellen Transport für das Wiener Gebiet und für Galizien.

Streiktauchen aus in Kopenhagen.
In Kopenhagen blutige Krawalle stattgefunden, deren Ursache die Weigerung der Bahnarbeiter war, einen Getreibezug nach dem Osten zuzuführen. Nachdem die Behörden die der Dienstverweigerung Beschuldigten verhaftet hatten, suchte eine erregte Volksmenge deren Freilassung gewaltsam durchzusetzen. Von der Polizei wurde auf die Menge Schießerei eröffnet; es gab Tote und Schwerverwundete. In der Stadt herrschte größte Unruhe. Der Bericht wird auf die Erbitterung der Arbeiterbevölkerung gegen den käuflich eingeführten Freihandel mit Getreide zurückgeführt.

Die Pflicht der ganzen Welt.

Lord George über das russische Hilfsverbot.
In „Daily Telegraph“ steht über die Hilfsaktion für das hungere Rußland folgendes zu lesen: „Sehr interessant ist die Frage, ob Deutschland aufgerufen werden wird, an dem Hilfsverbot teilzunehmen. Lord George erklärte im Unterhause, das Unternehmen müsse auf internationaler, nicht nur auf interallierter Grundlage stehen. Das beste daran, daß der britische Premier die Verpflichtung an Rußland nicht für ein angenehmes Vorrecht, sondern für eine Pflicht der ganzen zivilisierten Welt halte. Obwohl Deutschland jetzt von Rußland durch Polen getrennt ist, ist es doch noch immer sein naher Nachbar und sei nicht mehr an seinem Wohlgehen interessiert, als dem Wohlbefinden von Kolonisten des Reiches. Die Hungersnot in Rußland ist ein Schicksal, das die ganze Welt, Freunde und Feinde, sich um das verurteilte Stücken soll bemühen, sind die Sowjetregierungen zu „gütig“ und erklären großmütig die Annahme des Hilfsverbotes, allerdings unter Bedingungen. Die Sowjetregierung ist von den bürgerlichen Staaten eine Hilfsaktion für die Hungernden in Anspruch zu nehmen bereit, jedoch mit der Vorbedingung der absoluten Unantastbarkeit der Souveränität der Sowjetregierung und ihres Rechts, das Schicksal Rußlands selbst zu bestimmen.“

Verpflichtung.
Trotz aller Gesen kann die Moskauer Regierung ihren drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht mehr verhalten. Ein Dekret des Rates der Volkskommissare ordnet mit sofortiger Wirkung an, daß für sämtliche Bedarfs- und Wirtschaftsartikel, die von den staatlichen Wirtschaftsorganen an Privatpersonen und deren Verbände, darunter auch an Genossenschaften, verteilt werden, unbedingt Zwangsung erhoben werden soll. Auch die Benutzung aller staatlichen Einrichtungen ist künftig kostenpflichtig. Die Preise sollen den Marktpreisen entsprechen und, wo solche nicht festzustellen sind, nach den Preisdruckverhältnissen unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse festzusetzen. Die Wohnungsfrage soll demnächst auch einheitlich für die ganze Sowjetrepublik, ebenfalls nach dem Grundsatz der Kostenpflichtigkeit, geregelt werden.

Spezialverein in der Hilfsorganisation.

Das oberste revolutionäre Tribunal in Moskau wird sich demnächst mit einem umfangreichen Prozeß beschäftigen gegen eine Anzahl hervorragender Kommunisten, darunter auch das bekannte Kommissionsmitglied Demidow, wegen Betrugereien und Spekulation bei der Hilfsorganisation für das hungere Rußland. Und das schon während des Anfangs, was steht da noch zu erwarten?

Deutsches Reich.

24. August 1921.

Ein Gesetz gegen die Weltkonnern? Ein Berliner Mittagsblatt will wissen, daß man im Reichsjustizministerium die internationalen Beziehungen bei den Weltkonnern mit größter Aufmerksamkeit verfolgte. Es wird an Hand des Materials, das die Exekutivbehörden gegenwärtig sammeln, nach völliger Klärung der einschlägigen Fälle die Frage zu prüfen sein, ob durch ein neues Gesetz ein Damm gegen denartige Schwindelunternehmungen geschaffen werden kann. Die Tatsache, daß die seit Monaten den Kammern des Reichsjustizministeriums, als die ersten Zusammenkünfte eintreten und im Zusammenhang damit Strafanzeigen vorlegen, läßt die Notwendigkeit eines erweiterten Schutzes des Publikums gegen solche „Gesundheitsverleumdungen“ durch die Befolgung allerdings dringend notwendig erscheinen.

Die Gefangenen aus Vignone.

In Karlsruhe

3. Sept. Die 34 Kriegsgefangenen aus Vignone, deren Freilassung vor einigen Tagen angedeutet worden ist,

eingetroffen. Die Gefangenen, die schon vier Wochen interniert waren, wurden auf dem Hauptbahnhof in herlicher Weise begrüßt. Aus Gesprächen mit den zurückgeführten Gefangenen erfährt man, daß der größte Teil der Zurückgeführten schon mehrere Jahre in Vignone war. Leider aber mußten sie 89 deutsche Kameraden noch in französischer Gefangenschaft zurücklassen. Das Aussehen der Zurückgeführten war gut. Sie klagten aber einmütig über die schlechte französische Nahrung und die Gleichgültigkeit mit den in Karlsruhe eingetroffenen Gefangenen waren auf Befehl der französischen Behörden interniert worden.

Arbeiteranstrengung aus dem Saargebiet. Die französische Verwaltung der Saargebiete steht im Begriff, diejenigen Vergleute des Saargebietes zu vertrieben, die es an französische Gefangenen angeschlossen sind. Sie hat einen Anschlag deutscher Vergleute ein Schreiben zugeföhrt, in dem ihnen die dreimonatliche Kündigung mit der gleichzeitigen Aufforderung angezeigt wird, mit dem Tage des Dienstaustrittes die von ihnen benötigten Diensträume zu verlassen. Bei der herrschenden Wohnungsnot muß die Regierung verlangen, daß die deutschen Bewohner des Saargebietes vertrieben werden, falls an dem genannten Termin die Dienstwohnung nicht geräumt ist. Diese Maßnahme der französischen Verwaltung stellt wohl den unerbittlichen Akt der Willkür dar, der jemals an den deutschen Bewohnern des Saargebietes verübt worden ist und ist ein Glied in der Kette der Maßnahmen, die auf eine Verfestigung der Volksabstimmung im Saargebiet hinführen abzielen.

Die „Antragskommission“ von gut unterrichteter Seite erfährt, daß die Kommission, die mit der Feststellung der Höhe des Saargebietes beauftragt ist, ihre Arbeit beendet. Die Feststellung der tatsächlichen Schlußprotokolle werde aber noch einige Wochen dauern.

Die amerikanische Besatzungsarmee. Der Bericht des amerikanischen Kreisverträtors Weets über die einwachen Kosten der Rheinarmee, für die Deutschland noch 240 Millionen Dollar schulden soll, hat im Senat Unruhe erregt. In erster Linie wird die Stärke den Besatzung, die noch 13 795 Mann beträgt, als zu hoch erachtet. Die Mehrheit der Senatskommission für auswärtige Beziehungen hat den Senat ersucht, dafür einzutreten zu wollen, daß mit dem Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland sofort die gesamte Rheinarmee zurückgezogen wird. Das Abgeordnetenhaus wird eine gleichlautende Resolution vorbereiten.

Einberufung des Reichstages am 27. September.

Berlin, 23. August. Der Reichstag ist in seiner letzten Sitzung vom 7. Juli den Präsidenten ermächtigt, die nächste Plenarsitzung auf den 6. September einzuberufen, für den Fall, daß bis dahin die Beratung der Steuererträge in allen wesentlichen Punkten erfolgt sei. Da die Steuererträge der letzten Plenarsitzung zurzeit noch zur Beratung vorliegen, und da die oberste Frage, auf deren Entscheidung man noch im August gerechnet hatte, durch den Obersten Rat vertagt wurde, so hat der Reichstagspräsident nach Rücksprache mit den Fraktionen und der Reichsregierung die Einberufung des Reichstages aufgeschoben und als Termin des Zusammentritts nunmehr den 27. September vorgezogen.

Die Polizeistände in Preußen.

Berlin, 23. August. Der preussische Minister des Innern hat die neue Polizeistände auf spätestens 12 Uhr, Sonnabends 1. Uhr, ab 1. September festgesetzt. Für Großstädte kann die Polizeistände täglich auf 1 Uhr festgesetzt werden.

Gegen die Futtermittelnot.

Berlin, 23. August. Die allgemeine Futtermittelnot hat maßgebenden Kreisen der deutschen Landwirtschaft, insbesondere im Westen, Veranlassung gegeben, an die Regierung mit dem Wunsch um Einleitung der notwendigen Futtermittelproduktion heranzutreten. Vorläufig hat sich das Reich entschlossen, seine allerdings nicht wesentlich ins Gewicht fallenden Restbestände, besonders an Kleie, sofort zur Verfügung zu stellen.

Danzig aus der Arbeiterbundrat. Beim Senat der Freien Stadt Danzig ist eine Note des Rätebundes eingegangen, wonach bei der nächsten Sitzung der Arbeiterbundrat über die rechtliche Stellung der Polen in Danzig und über ein Gesetz betreffend die Staatsangehörigkeit in Danzig verhandelt werden soll. Außerdem wird sich der Arbeiterbundrat mit der Finanzlage der Freien Stadt sowie mit ihrer militärischen Verteidigung befassen. Als Zeitpunkt des Zusammentritts des Rates war ursprünglich der 1. September vorgezogen. Nachdem nun aber die oberste Frage durch den Rat zu erörtern ist, wird der Zeitpunkt wahrscheinlich bis Mitte September hinausgeschoben werden.



angegeben, die technische Lage derartige können angenommen haben und höchstwahrscheinlich Charakter tragen. In der Stadt kosten (Brot, Rosen) zum Beispiel haben die Ortsbehörden jeden Einfluss verloren. Die Stadt wird von der Arbeiterbewegung regiert, deren Befehlen von den Behörden befolgt werden müssen. Alle Marktprodukte werden konfiszieren, die Viehtransporte angehalten und das Fleisch zu den von den Arbeitern festgesetzten Preisen verkauft. Warentransporte nach Rosen müssen ausbleiben werden, die Waren werden auf der Stelle verkauft. Die in Kopen erscheinende „Gazeta Polska“ schreibt:

Wird der Getreidepreis nicht herabgesetzt, so werden die Produzenten durch die Situation des Preisens den anderen Ausweg. Willigeres Brot oder die Fiktionalität des Profitarials Recht mit die Strafe klagen. Der waret immer Parteien, die es auch beinhalten, das Bemerkende die Staatsfrage droht.

In Pöschitz (ehem. Westpreußen) wurde ein Transport von 270 Stück Vieh von den Arbeitern den